



Sodom und Gomorra

Der Name dieser beiden alttestamentarischen Städte steht sinnbildlich für den Verfall der guten Sitten, für Zügellosigkeit und Regelverletzungen.

Zumeist werden heute damit nur sexuelle Ausschweifungen in Verbindung gebracht, doch diese Deutung greift zu kurz. Die Bibel erzählt, dass Sodom und Gomorra vernichtet wurden, weil ihr „Geschrei“ groß war.

Geschrei. Geschrei steht für Uneinigkeit, auch für Arroganz, Geschrei steht dafür, dass Bewährtes von törichten Schreihälsen verworfen wird, dass Hinz und Kunz sich darin überbieten, neue Lehren in die Welt zu setzen. Wobei es nicht darum geht, Bewährtes durch Besseres zu ersetzen, sondern nur darum, die aus dem Bewährten erwachsenden Pflichten abzuschütteln und dafür ohne Rücksicht auf Verluste, ja meist sogar, ohne die Verluste auch nur zu erkennen, maßlos Rechte zu begehren.

Auch heute ist das Geschrei groß.

Die Welt ist in Unordnung, und sie nennen es Freiheit.

„Konservativ“ ist in dem Maße und in dem Tempo zum Schimpfwort geworden, wie es den Feinden der staatsbürgerlichen Ordnung gelungen ist, mit ihren Freiheitsversprechen Wähler anzulocken.

Dass „Recht und Ordnung“, bzw. „law and order“, wie siamesische Zwillinge in einer stehenden Redewendung verbunden sind, kommt nicht von Ungefähr, denn **Recht und Ordnung bieten innere Sicherheit fast zum Nulltarif.**

Allerdings sind Recht und Gesetz ebenso fein säuberlich voneinander zu unterscheiden, wie Ordnung und Zwang. Um Recht zu setzen, bedarf es der Weisheit; um Gesetze zu erlassen, braucht es nur Macht. Um eine Ordnung zu errichten, bedarf es Klugheit, Umsicht und Voraussicht; um Zwang durchzusetzen, braucht es lediglich Gewalt. Die Konsequenzen daraus sehen so aus, dass Recht anerkannt und respektiert wird, während Gesetze, wenn sie nicht zugleich Recht sind, übertreten und bekämpft werden, dass sich eine Gesellschaft in ei-



ne klug geschaffene Ordnung fügt, während jeder Zwang – zwangsläufig – Widerstand hervorruft.

Kaum ein Begriff wurde von deutschen Politikern in der fast siebzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik häufiger gebraucht, als jener, von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, der als Synonym für eine Verfassung gebraucht wurde und wird, die immer noch den Namen trägt, den ihr die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gaben, nämlich „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, was sich erst erschließt, wenn die Betonung auf das Wörtchen „für“ gelegt wird.

Diese freiheitlich demokratische Grundordnung, die vom Parlamentarischen Rat in großer Weisheit formuliert und von den Siegermächten nicht minder weise genehmigt wurde, bot sie doch ein verständliches, jedermann einleuchtendes Gerüst des Rechts, eine grundsätzliche staatliche Ordnung, in welcher die Gewaltenteilung über den Föderalismus gleich doppelt gewahrt sein sollte, ist jedoch zerstört worden.

Diese Zerstörung ging nicht von den vielfältigen Änderungen am Grundgesetz aus, die schließlich alle, auch wenn das so manchem in manchem Fall gar nicht recht war, mit der notwendigen 2/3 Mehrheit vom Bundestag beschlossen wurden. Damit wurden am Rechtsgebäude teils Anbauten angebracht, teils wurden Türen und Fenster in die Wände gebrochen, während andererseits Flure und Treppenhäuser zugemauert wurden, doch das Gebäude bewahrte seinen Bestand.



Die Zerstörung ging von den brennenden Anhängern der Idee eines Staates „Europa“ aus und gipfelte formal in jener einen, destruktiven Änderung, mit welcher die Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an die EU beschlossen wurde. Das war in der Wirkung so, als würde ein ganzer Flügel des Gebäudes weggesprengt, wobei der Rest des Bauwerks in Brand geriet und massive Schäden davontrug, die jedoch nie durch Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen behoben wurden.

Wir leben als Deutsche in einer Verfassungsruine.



Wenn selbst wirkliche Experten, von den selbsternannten ganz zu schweigen, nicht mehr in der Lage sind, eindeutig festzustellen, ob in hunderten von mehr oder weniger wichtigen Streitfragen nun europäisches oder deutsches Recht gilt, wenn selbst das Bundesverfassungsgericht der eigenen Verfassung nicht mehr über den Weg traut, und sich ratlos an den Europäischen Gerichtshof wendet, um nicht im Nachhinein von dort Prügel zu beziehen, dann kann von geordneten Rechtsverhältnissen nicht mehr die Rede sein, zumal dieses so genannte Europäische Recht nichts anderes ist, als ein unüberschaubarer Haufen von Erlassen einer Kommission, die vom Bundestag in großer Zahl und wie am Fließband in die deutschen Gesetzeswerke (ich sage hier bewusst nicht: „ins deutsche Recht“) übernommen werden.

Solche Gesetze sind Ausflüsse purer Machtausübung und zeugen allenfalls von wirtschaftlichem Kalkül, von trickreicher Bauernschläue und dem Hang, um kurzfristiger Vorteile willen jeden noch so großen Nachteil in der Zukunft hinzunehmen, oder ganz im Gegenteil, um erhoffter, weit in der Zukunft liegender Vorteile, in der Gegenwart jeden noch so großen Nachteil in Kauf zu nehmen.

Es wäre zu viel des Guten, wollte man den Deutschen Bundestag, so wie er heute real existiert, als leuchtendes Vorbild für eine weise Rechtssetzung hinstellen, doch im Vergleich zu den für den Bürger vollkommen undurchsichtigen und unbeeinflussbaren Vorgängen in Brüssel wäre er immer noch vorzuziehen, hätte er denn noch die Möglichkeit, innerhalb einer in sich konsistenten staatlichen Ordnung Gesetze zu verabschieden und die Regierung zu kontrollieren.

Doch unserer Verfassungsruine fehlt ja nicht nur das eigene rechtliche Dach, sie hat neben diesem abstrakten Gut auch jede Möglichkeit verloren, sich unbefugten Zutritts zu erwehren.

So hat sich unser deutsches Haus, das, wohlgemerkt!, stets als Zufluchtsort für Verfolgte offen stand, erst von der Freizügigkeit des Kapitals, dann von der Freizügigkeit europäischer Bürger und Arbeitnehmer besiedeln lassen und dient nun Glücksrittern aus fernen Landen als Standort, Dieben und Räubern als Unterschlupf, Terroristen als Operationsbasis, und alle beanspruchen vom ersten Tage an Rechte, als hätten sie seit Generationen die deutsche Staatsbürgerschaft inne.

Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen: Ich halte es für eine ausgemachte Schweinerei, dass weder Regierung noch Parlament es wagen, Ausländern aus



Mitgliedsstaaten der EU für ihre im Ausland lebenden Kinder weniger Kindergeld zu zahlen als für Kinder, die im Inland bei ihren Eltern leben.

Ob man das Kindergeld kürzen sollte oder nicht, ob Ausländern überhaupt ein Anspruch auf Kindergeld zustehen sollte, ist dabei zwar ein wichtiges, aber zweitrangiges Thema. **Alleine die Tatsache, dass in Berlin nicht gewagt wird, ein deutsches Gesetz zu erlassen, sondern dass der Rest der EU, also in diesem Falle alle Begünstigten, letztlich darüber entscheiden sollen, wofür deutsche Steuergelder verwendet werden, das ist der wahre Skandal!**

Und womit wird dieses Staatsversagen begründet?

Der Sprecher von Andrea Nahles' Arbeitsministerium kam zu folgender Erkenntnis: „Momentan fehlt daher nicht nur eine aktuelle Rechtsgrundlage, es ist auch keine Änderung seitens der EU-Kommission vorgesehen, auf deren Basis man einen Gesetzentwurf beschließen könnte.“

[\(zitiert nach der FAZ vom 28. März 2017\)](#)

Die Bundesregierung, in diesem Falle also den Politeunuchen des Europäischen Parlaments quasi gleichgestellt, weil auch sie sich derart im Spinnennetz der EU verfangen hat, dass von einem „Initiativrecht“ ebenso wenig die Rede sein kann, wie beim EU-Parlament.

Von der Pkw-Maut, vom Gemauschel um die Freihandelsabkommen, bis hin zum törichtem Glühbirnenverbot, das nur einen Wachstumsschub für die Leuchtmittel- und Leuchtenproduzenten hervorrufen sollte: In praktisch jedem Lebensgebiet der noch 500 Millionen Europäer pfuscht die EU zu Gunsten der Wirtschaft herum. Für mich persönlich hat die EU keinen einzigen Vorteil gebracht, auf den ich nicht ebenso gut auch verzichten könnte, für die ganz große Mehrzahl der abhängig Beschäftigten, Konsumenten und Wähler hat sie zu Lohnstillstand und realen Einkommensverlusten, sowie zu einem erheblichen Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte geführt, weil die nationalen Parlamente kastriert wurden – und das EU-Parlament genau die impotente Quasselbude geblieben ist, die sie von Anfang an war.

Kein Wunder, dass gerade diese EU maßgeblich dazu beiträgt, die nationalen Strömungen in den Mitgliedsländern zu verstärken, was – weil die etablierten Parteien, deren Funktionäre es sich mit der EU bestens eingerichtet haben, nationale Interessen stets hinter dem Popanz EU zurückstellen – eben dazu führt, dass gerade die äußersten rechten Bewegungen jenen Zulauf bekommen, den wertkonservative Parteien nicht mehr verzeichnen können.



Wir haben gestern von der Übergabe des Austrittsgesuchs Großbritanniens an den polnischen Ratspräsidenten Tusk erfahren. Ich ziehe meinen Hut vor jenen Briten, die dieses Referendum ermöglicht haben, denn das war keine Selbstverständlichkeit. Ich ziehe meinen Hut vor jenen Briten, die für den Austritt gestimmt haben, und ziehe ihn vor Theresa May, die sich nicht gescheut hat, jenen basisdemokratischen Akt in einer so grundsätzlichen Frage anzunehmen und umzusetzen.

Es wird jetzt zwei Jahre des Verhandeln geben. Beide Seiten haben Härte angekündigt, wobei es die EU war, die sich wie eine betrogenen Ehefrau wenigstens im Scheidungsprozess Genugtuung holen will. 60 Milliarden als Zugewinnausgleich stehen auf der Rechnung, die weder klug, noch weise, sondern nur rachsüchtig genannt werden kann.

Ich wette schon heute darauf, dass am Ende weniger als 30 Milliarden Euro vom befreiten Großbritannien an die europäische Kriegskasse überwiesen werden, weil die EU eben auf den Goodwill der Tommys angewiesen ist. Bei überzogenen Forderungen können die Briten schlicht erklären, sie würden gar nichts zahlen. Würde eine EU dann mit Kanonenbooten gen Engeland fahren um sich das Geld aus den Tresoren der City of London zu holen? Wohl kaum.

Auch wenn die Schwarzmaler von ARD und ZDF immer noch versuchen, den BREXIT als das größte Übel für England seit der Sintflut hinzustellen – alles, was als Reaktion der Wirtschaft und der Börsen für den Augenblick nach der Auszählung des Referendums angekündigt wurde, ist ausgeblieben. Alles was für den tatsächlich überreichten Austrittsantrag angekündigt wurde, ist ausgeblieben – und es wird auch weiter ausbleiben. Das Nachgeben des Englischen Pfundes gehört dabei zu den für die Briten eher positiven Begleiterscheinungen, denn es ermöglicht weitere Erfolge auf den Exportmärkten.

Doch zurück zur Verfassungsruine Deutschland. Unsere Politiker aus der ersten Reihe stimmen nun Jean Claude Junckers Lied mit an, das eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten lautmalerisch in die Akustikdecke klingen lässt.

Welch ein Irrsinn!

Schon eine EU mit einer Geschwindigkeit ist nicht zu beherrschen!



Die Debatte darüber, welche Mitgliedsstaaten im Viehwaggon der europäischen Eisenbahn zusammengepfercht werden sollen, welche in der Holzklasse Platz nehmen dürfen, wer zweiter, wer erster Klasse fahren soll – und wer ggf. im Schlafwagen träumend befördert wird, kann ich mir nur als eine wüste Kakaphonie vorstellen, die der babylonischen Sprachverwirrung gleichwertig sein wird.

Wenn aus einem Kommissionserlass dann drei, vier oder fünf werden müssen, um den jeweiligen Besonderheiten der unterschiedlichen Klassen gerecht werden, ist wohl nur noch Franz Kafka in der Lage, die Beschlüsse überhaupt in Worte – wenn auch kaum noch zu entschlüsselnde - zu fassen.

Es wird keine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten geben können, auch wenn man vielleicht meint, die Erfahrungen mit der stufenweise Annäherung von Beitrittskandidaten könnten dafür als Blaupause gelten.

Ein bisheriges Vollmitglied ist Vollmitglied. Es braucht sich nicht mehr besonders anzustrengen, um den Vorgaben zu genügen. Alle ärmeren Mitgliedsstaaten profitieren auf die eine oder andere Weise von der EU, auch Griechenland, obwohl da die Nachteile durch den Euro überwiegen, doch der Euro und die EU sind immer noch zwei verschiedene Paar Stiefel, die auch unabhängig voneinander genutzt werden können.

Wie könnte man einen solchen ärmeren Mitgliedsstaat dazu bewegen, von der ersten Klasse in den Viehwaggon umzuziehen? Richtig! Nur mit mehr Rechten und weniger Pflichten – und mit jeder Menge Geld. Wer sich darauf nicht einlassen will, wird, statt zu zahlen, das Austrittsgesuch entgegenzunehmen haben.

Nachdem die Briten weg sind, gibt es neben Deutschland allerdings nur noch lauter ärmere Mitgliedsstaaten.

Selbst wenn sich Frankreich und Deutschland zu den einzigen Passagieren in der ersten EU-Klasse aufschwingen wollten, wäre das ein wirtschaftlich ausgesprochen ungleiches Gespann – und die Mentalität der Franzosen und der Deutschen ist nun auch nicht gerade austauschbar.

Wen wollte man noch dazu nehmen? Italien vielleicht?
Nicht vorstellbar.



Die einzige, halbwegs passende Lösung, die deshalb aber noch lange nicht sinnvoll wäre, könnte ungefähr so aussehen:

- **EU-1, die nur noch aus Deutschland besteht**, dazu
- EU-2 mit Frankreich, Italien, Portugal, sowie
- EU 3 mit Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, den Niederlanden, Luxemburg, Österreich und Schweden,
- EU-4 mit Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, sowie
- EU-5 mit Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Ungarn, Zypern

Damit aber läge nach dem BREXIT der DEXIT näher als alles andere, jedenfalls, wenn man mit Klugheit, Umsicht und Voraussicht eine Ordnung für Europa schaffen will, in der für alle übrigen – ehemaligen – Mitgliedsstaaten wieder Luft zum Atmen und zur Verfolgung eigener nationaler Interessen vorhanden ist, was dann auch den extremen Rechten, wie sie in Ungarn, in Polen, in Frankreich, aber auch in Deutschland stark geworden sind, die Geschäftsgrundlage entziehen würde.

Das Märchen vom Ende der Nationalstaaten wird so schnell nicht zu Ende erzählt werden können. Die Unterschiede auf allen politischen und gesellschaftlichen Gebieten sind viel zu groß – und wurden von der EU durch den Versuch der zwangsweisen Gleichmacherei eher verschärft als eingeebnet.

Staaten sind eben in erster Linie immer noch Gesellschaften menschlicher Individuen, die umso besser gedeihen, je enger man sich in diesen Gesellschaften in allen Aspekten des Zusammenlebens ist.

Staaten sind – wenn überhaupt - eben erst in zweiter Linie Standorte für globale Konzerne und das internationale Kapital.

Der Versuch, uns das Gegenteil einzureden, ist mit großem Engagement unternommen worden. Viele leichtgläubige, wohlmeinende Menschen mit humanitärer Grundeinstellung haben sich von Heile-Welt-Propheten betören lassen und fleißig und oft auch ehrenamtlich mit dazu beigetragen, die Verfassungsrüne zum Steinbruch zu machen.

Die soziale, meinerwegen sozialistische oder kommunistische Internationale ist nicht zu schaffen, wenn man sich lediglich als Tagelöhner im Tross der Interna-



tionale des Kapitals bewegt und ihr mit dem freiwilligen Niederreißen der nationalen Grenzen freie Bahn für den gesamten Kontinent schafft.

Ich nehme an, dass die meisten Linken das „gefühl“ verstanden haben, leider aber keinen anderen Weg sehen, als den Umweg über die Globalisierung des Kapitals zu gehen – doch dieser Umweg ist ein Irrweg.

Wer heute noch die Möglichkeit hat, sich in einer freien, gleichen und allgemeinen Wahl für eine Partei zu entscheiden, die der Globalisierung Schranken setzt, die nationale Interessen voranstellt und damit die zum Nutzen des Kapitals angefachte, elendigliche Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern aller Staaten und Kontinente unterbindet oder zumindest erträglicher macht, sollte dies tun.

Und wenn sich weder die LINKE, noch die SPD, die CDU oder die CSU dafür einsetzt, dann muss es wohl die AfD sein.

Die Grünen und die FDP sind in dieser Frage nach meiner Einschätzung sowieso nicht zurechnungsfähig. Die einen, weil sie immer noch auf Multi-multi-Gender-Kulti ohne alle Regeln setzen, die anderen, weil sie die Freiheit des Kapitals ganz oben auf den Fahnen stehen haben.

Die AfD wird weder 2017 noch 2021 im Bund in einer Regierungskoalition auftauchen, **doch ihr Erstarken wird die etablierten Parteien dazu bewegen, den eigenen Kurs zu überdenken und die Mitte wieder da zu verorten, wo sie hingehört.** Dafür sind die Grünen, die gerade wieder dabei sind, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden, ein eindrucksvolles Beispiel. Das einst angefeindete, ökologische Gedankengut gehört heute zum Programm aller Parteien. Der kraftvolle Impuls, den die Grünen gesetzt haben, war nötig, gut und nützlich. Doch nun braucht es neue Impulse, die aber von den Grünen nicht kommen werden.

Man muss Wahlen nicht gewinnen, um Gutes zu bewirken. Im Gegenteil: Eine starke AfD im Bundestag auf den Oppositionsbänken bewirkt meines Erachtens mehr Gutes als eine Regierungsbeteiligung der AfD jemals bewirken könnte.





Vielleicht könnte eine angsteinflößende AfD-Opposition sogar dazu führen, dass unser Verfassungsgebäude endlich so weit renoviert wird, dass wir wieder mit Stolz auf unser Recht und unsere Ordnung blicken können.

Denn das wird erst wieder möglich sein, wenn klar ist, wer gemeint ist, wenn wir „wir“ sagen.

Da gibt es derzeit nur ein wildes Geschrei – wie seinerzeit in Sodom und Gomorra.

Bibelgläubigen Christen ist das Ende bekannt.